

Gegen die Abzocke von RWE Aqua und Veolia Wasser

In dieser Ausgabe:

- 2 Buschkowsky treibt Wahlkampf auf Kosten der Jugendlichen.** Zur Auseinandersetzung um den Neuköllner Jugendetat.
- 4 Die Debatte ist eröffnet.** Ruben Lehnert über das Neuköllner Bezirksprogramm.
- 5 „Nicht mal ein Dieb“.** Begegnungen mit Roma in Neukölln.
- 6 Nachnutzung Tempelhofer Feld konkret.** Positionen der Neuköllner LINKEN.

Unser Wasser gehört uns!



Grafik: Berliner Wassertisch

Nein zu Rassisten in Nadelstreifen

Die sogenannte Bewegung „pro Deutschland“ versucht einen rassistischen Konsens in Berlin gesellschaftsfähig zu machen.

Unter dem Deckmantel von Islamkritik, Frauen- und Bürgerrechten plant sie, zur Abgeordnetenhauswahl 2011 zu kandidieren. DIE LINKE meint: Egal unter welchem Dach sich Rassisten oder Nazis versammeln, wir werden da sein! Wir wollen weder ihre Parteitage noch ihre Anwesenheit in Berlin! DIE LINKE ruft alle Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten auf zu den Protesten gegen den „pro Deutschland“-Parteitag am 17. Juli 2010 um 12 Uhr vor dem Rathaus Schöneberg.

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

Der Preis für das Wasser ist in Berlin in den letzten Jahren dramatisch gestiegen.

Das liegt daran, dass im Jahr 1999 der damalige Senat aus CDU und SPD fast die Hälfte der Berliner Wasserbetriebe verkauft hat. Den privaten Miteigen-

An Reichen und Superreichen ist die Krise spurlos vorüber gegangen. 2008 titelten die Zeitungen noch, die Reichsten seien ärmer geworden. Das ist aber vorbei.

Heute gibt es so viele Dollar-Millionäre wie nie zuvor: Zehn Millionen laut neuestem Welt-Reichtumsbericht. In Deutschland geht es den Superreichen besonders gut. In der Krise

Anfang Juli startete das Volksbegehren Wasser. Auch auf Neuköllner Straßen und Plätzen werden bis Ende Oktober Unterschriften gesammelt. Aktuelle Informationen gibt es hier: www.berliner-wassertisch.net

tüchern wurde eine Mindestrendite vertraglich garantiert, für die nun die Berliner Bevölkerung blechen muss: Die Berlinerinnen und Berliner zahlen durch steigende Wasserpreise die stetig steigenden Gewinne der Konzerne RWE Aqua und Veolia Wasser.

Der Vertrag zwischen dem Land Berlin und den Konzernen ist jedoch

geheim. Und gegen etwas, das niemand kennt, kann man keinen Kampf führen. Seit Jahren fordern DIE LINKE und der Berliner Wassertisch die Offenlegung der Verträge. Da die Privaten bisher nicht zugestimmt haben, betreibt der Wassertisch nun die 2. Stufe seines Volksbegehrens.

Ausführlich auf Seite 3

Comeback der Millionäre

gab es kaum weniger, jetzt schon wieder sechs Prozent mehr: insgesamt 860.000 Dollar-Millionäre. Im Vergleich zu 2003 sind das sogar 14 Prozent mehr.

Wundern kann das kaum. Reiche und Superreiche müssen immer weniger Steuern zahlen. Und jetzt keinen Cent zur Bewältigung der Krisenkosten beitragen. Fehlanzeige bislang auch bei einer Finanztransaktionsteuer oder einer Bankenabgabe. Gekürzt wird dagegen bei Erwerbslosen, beim öffentlichen Personal, bei Kitas. Sechzig Prozent

der Gemeinden planen drastische Einschränkungen bei öffentlichen Leistungen.

Deshalb müssen Reiche endlich zur Kasse gebeten werden. Die Protestdemonstrationen in Berlin und Stuttgart mit mehr als 40.000 Teilnehmer/-innen am 12. Juni gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerungsmehrheit war ein Anfang. Für den Herbst werden von den Gewerkschaften und der Sozialprotestbewegung weitere Aktionen geplant. DIE LINKE ist dabei. Schließe Dich an!

Buschkowsky treibt Wahlkampf auf Kosten der Jugendlichen

Zur Auseinandersetzung um den Neuköllner Jugendetat.

Das Bezirksamt Neukölln hat am 6. Juli 1,5 Millionen Euro im Jugendetat freigegeben. Weiterhin gesperrt sind 700.000 Euro. Die Freien Träger der Jugendarbeit können jetzt ihre Arbeit fortsetzen. Sie erhalten neue Verträge, die an die Stelle der zum 30. Juni von der Stadträtin Gabriele Vonnekold (Bündnis 90/Die Grünen) gekündigten Verträge treten. Das ist ein Erfolg für die Jugendlichen im Bezirk und für die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit. Zu diesem Erfolg hat die Neuköllner LINKE beigetragen. Die BVV-Fraktion der LINKEN hatte im Vorfeld dafür gewirkt und schließlich am 30. Juni einen Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung gestellt, gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, um die Haushaltsperre sofort aufzuheben. Das hätte die Kündigung der Verträge und ihren Neuabschluss überflüssig gemacht. Die Verunsicherung von Jugendlichen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit wäre vermieden worden.

Doch Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) wollte es anders. Er hat auf der BVV-Sitzung am 30. Juni seinen Wahlkampf auf Kosten der präventiven Kinder- und Jugendarbeit eröffnet. Es war zu durchsichtig, als er der Stadträtin von den Grünen, die er nur noch als parteipolitische Konkurrentin sah, die Freigabe der Mittel für die Jugendarbeit verweigerte.

Buschkowsky missachtete durch sein Verhalten die engagierte Arbeit der Freien Träger in diesem Bereich und nimmt die Abwanderung deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter billigend in Kauf. Und er war nicht redlich. Als zuständiger Dezernent für Finanzen hatte Buschkowsky am 29. Juni in der Sitzung des Hauptausschusses die Entsperrung der Mittel für die 15 präventiv tätigen Kinder- und Jugendeinrichtungen zugesagt. Einen Tag später ist der gemeinsame Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Grünen (Drs. 1517/XVIII) für die Entsperrung und Freigabe dieser Mittel in der Neuköllner BVV mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der SPD,



Vignette: Franz Zauleck

der CDU, der FDP und den fraktionslosen Vertretern der NPD abgelehnt worden. Nur die Fraktion der Grünen schloss sich den Antragstellern an und wurde der Verantwortung für den Erhalt der unbedingt notwendigen präventiven Jugendeinrichtungen gerecht.

Hier wurde nach dem Ende der Zählgemeinschaft aus SPD, Grünen und DIE LINKE ein Konflikt auf dem Rücken der Jugendlichen und der mit großem Engagement arbeitenden Beschäftigten der Freien Träger ausgetragen.

Bei der schon seit längerem bestehenden Auseinandersetzung zwischen der grünen Jugendstadträtin Vonnekold und dem sozialdemokratischen Bürgermeister Buschkowsky geht es vorrangig um die Mittel für die „Hilfen zur Erziehung“ (HZE). Bei den Maßnahmen von HZE handelt es sich um gesetzliche Pflichtaufgaben, die vom Bezirksamt formal nicht gestrichen werden dürfen. In den vergangenen Jahren sind die Neuköllner Ausgaben für HZE höher gewesen, als sie im Bezirkshaushalt vorgesehen waren. Deshalb mussten bei anderen Aufgaben eingesparte Mittel in den Jugendetat umgeleitet werden. Jetzt soll mit Hilfe der Finanzmittel-

sperrern und der drohenden Schließung der präventiv tätigen Jugendeinrichtungen, die Jugendstadträtin und die zuständige Behörde dazu gezwungen werden, die vorgesehene Haushaltssumme in diesem Jahr nicht weiter zu überschreiten. Das kommt einer Kürzung der Mittel für HZE sehr nahe und wird nur mit Hilfe von strengeren Vergabekriterien möglich sein. Was der Bürgermeister von HZE hält, konnte man am 3. Juli 2010 im „Neuen Deutschland“ lesen: „Es ist doch Quatsch, wenn sie in eine Familie, wo jedes Mitglied zehn Vorstrafen hat, jemand schicken, der für die Familie einkaufen geht in der Hoffnung, damit würde sich etwas verändern.“ Bisher hat es im Bezirksamt den Konsens gegeben, dass man alles unternehmen möchte, um einen Neuköllner „Fall Kevin“ zu verhindern. Der Aufbau des „Netzwerkes Kinderschutz“ war gemeinsamer Wille des Bezirksamtes, berichtete die Jugendstadträtin. Das scheint nun nicht mehr so zu sein. Die Neuköllner SPD macht sich lieber für den völlig unnötigen Weiterbau der Autobahn A100 und für die Privatisierung der Kita Riesestraße stark, statt sich um die dringenden Belange von Kindern und Jugendlichen mit stark „eingeschränkter Chancengerechtigkeit“ einzusetzen. Die Neuköllner CDU beschäftigte sich mit dem zahlenmäßig völlig unbedeutenden Problem der sogenannten „Scheinvaterschaften“. Bei den Manövern Buschkowskys zu den Kündigungen der Freien Träger in der Jugendarbeit handelt es sich um eine frühzeitige Eröffnung des Wahlkampfes. Anders ist sein Vorgehen nicht zu verstehen.

Thomas Licher



Heinz Buschkowsky steht gern in der ersten Reihe, wenn Sponsoren im Bezirk unterwegs sind. Hier die Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land und die Funkgruppe internationale Finanzmakler bei der Übergabe von Förderschecks, u.a. an MaDonna Mädchenkult.Ur.

LINKE Neukölln gegen Erhöhung der Mieten

Immer mehr Menschen im Schillerkiez befürchten die Verdrängung aus ihren Wohnungen.

Es hat zahlreicher Eigentümerwechsel und Mietsteigerungen gegeben. Diese entstanden auf die Kaltmiete. Zusätzlich kommen horrende Steigerungen der Preise für Gas, Heizöl, Strom und Wasser hinzu.

DIE LINKE Neukölln verlangt eine Begrenzung der Mieten. Auf Antrag der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln fasste die BVV am 2. Juni 2010 folgenden Beschluss:

„Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen wirksam gegen die befürchteten Mieterhöhungen und der damit verbundenen Verdrängung der Wohnbevölkerung im Schillerkiez zu ergreifen sind bzw., ob die Verhängung eines Milieuschutzes sinnvoll sein kann.“ (Drs.1268/XVIII)

Kahlschlag beim Wohngeld

Die Bundesregierung plant die Kürzung des Wohngelds um fast 40 Prozent.

Schon heute geben sozial benachteiligte Haushalte bis zu 50 Prozent ihres Einkommens für Miete, Wohnnebenkosten und Heizkosten aus. Das Wohngeld war und ist ein verlässlicher und wirksamer Beitrag zur Entlastung dieser Haushalte. „Hier darf nicht weiter gekürzt werden,“ erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag Heidrun Bluhm.

Streicht man das Wohngeld, dann haben die Menschen weniger Geld für Bildung, Kultur und gesunde Ernährung zur Verfügung. Die soziale Ausgrenzung geht weiter. Das lehnt DIE LINKE strikt ab. „Wir werden alle parlamentarischen Hebel in Gang setzen, um die Wohngeldkürzung noch zu verhindern“, so die LINKE-Politikerin. „Daneben brauchen wir aber auch außerparlamentarischen Widerstand von Verbänden und Gewerkschaften, Bürgerinnen und Bürgern.“ Wenn der Bund sparen wolle, dann sei das bei umstrittenen Projekten wie der Berliner Autobahn A100 möglich.

Unser Wasser gehört uns!

Gegen die Abzocke von RWE Aqua und Veolia Wasser

In kaum einer anderen Stadt in Deutschland sind die Preise für das Wasser – das Lebensmittel Nr. 1 – in den vergangenen fünf Jahren so dramatisch gestiegen wie in Berlin.

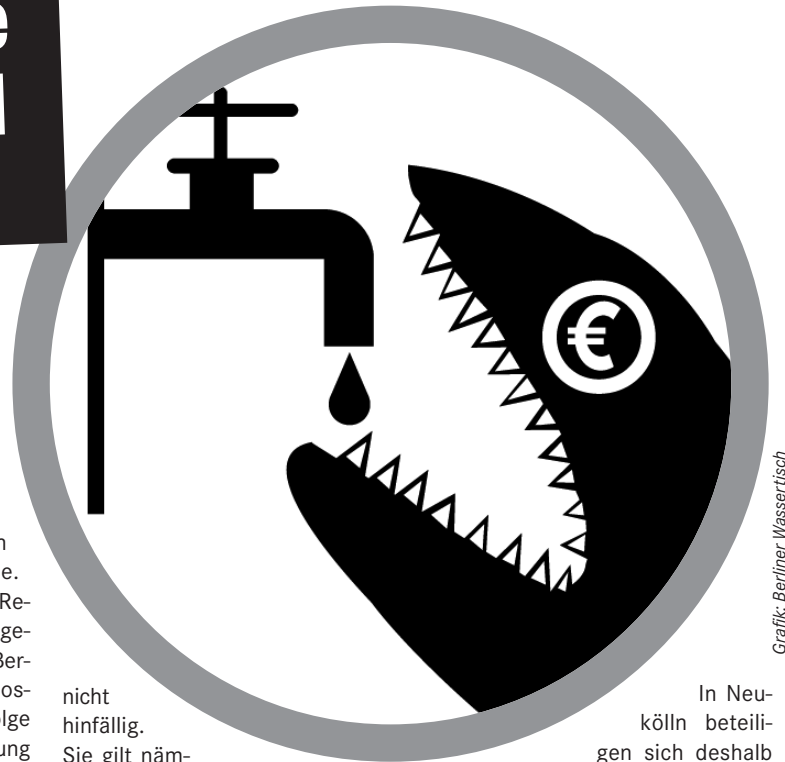
Das liegt daran, dass im Jahr 1999 der damalige Senat aus CDU und SPD fast die Hälfte der Berliner Wasserbetriebe verkauft hat. Den privaten Miteigentümern wurde eine Mindestrendite vertraglich garantiert, für die nun die Berliner Bevölkerung blechen muss: Die Berlinerinnen und Berlin zahlen durch steigende Wasserpreise die stetig steigenden Gewinne der Konzerne RWE Aqua und Veolia Wasser. Der Vertrag zwischen dem Land Berlin und den Konzernen ist jedoch geheim. Und gegen etwas, das niemand kennt, kann man keinen Kampf führen. Deshalb hat die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ ein Volksbegehren gestartet, das auf die Offenlegung der Geheimverträge abzielt.

In Berlin hat die DIE LINKE stets gegen die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe gekämpft. Nach wie vor setzt sie sich für die Offenlegung der Geheimverträge ein. Sie hat die privaten Eigentümer aufgefordert, die Verträge zu veröffentlichen, was jedoch von den Konzernen abgelehnt wurde. Daraufhin hat sie sich für eine Reform des Informationsfreiheitsgesetzes eingesetzt, das nun vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen wurde. Diesem Gesetz zufolge ist die vollständige Geheimhaltung von Verträgen in relevanten Daseinsvorsorgebereichen zukünftig verboten. Die dadurch geschaffene Transparenz zwingt zu öffentlicher Debatte um das Für und Wider solcher Privatisierungen. Dem Senat hat das Parlament zudem auferlegt, mit den privaten Anteilseignern der Berliner Wasserbetriebe in den nächsten Monaten die Veröffentlichung der Verträge auf Grundlage des neuen Gesetzes zu verhandeln.

Das aktuelle Volksbegehren ist mit dieser Reform jedoch leider

nicht
hinfällig.
Sie gilt näm-
lich nicht rückwir-
kend. Und die privaten Eigner können nach wie vor gegen eine Veröffentlichung klagen und damit Zeit schinden. Das heißt: Es braucht weiterhin öffentlichen Druck, um die privaten Miteigentümer RWE Aqua und Veolia Wasser zur Offenlegung der Verträge zu zwingen, eine breite Debatte über den Inhalt dieses Vertrags anzustoßen und die Vertragsbedingungen zu Lasten der Konzerne und zugunsten der Berliner Bevölkerung zu ändern.

In Neukölln beteiligen sich deshalb viele Mitglieder der Partei DIE LINKE an den Unterschriftensammlungen. Sie leisten ihren Beitrag dazu, dass das Volksbegehren ein Erfolg wird: Dazu werden 170.000 Unterschriften von wahlberechtigten Berlinerinnen und Berlinern benötigt. Sie helfen mit, den Druck auf RWE Aqua und Veolia Wasser hoch zu halten. Sie teilen das Motto des Volksbegehrens: Unser Wasser gehört uns – Schluss mit den Geheimverträgen bei den Berliner Wasserbetrieben.



Grafik: Berliner Wassertisch

Hintergrund

Wasser ist ein besonderer Saft

Die hohen Berliner Wasserpreise sind eine Folge der im Mai 1999 vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB).

Ganz auf der politischen Linie der seinerzeit in Berlin regierenden Koalition aus CDU und SPD hatte das Abgeordnetenhaus beschlossen, durch den Verkauf von Anteilen an den Berliner Wasserbetrieben Geld in die Landeskasse zu holen: „Haushaltskonsolidierung durch Privatisierung“.

Interessenten fanden sich bei international im Wassergeschäft agierenden Konzernen, dem französischen Globalplayer Vivendi (heute: Veolia), der RWE und einer Allianz-Tochter. Mit ihnen wurde ein Konsortialvertrag abgeschlossen, der den neuen Eigentümern viele Rechte einräumte, während er dem Land Berlin Verpflichtungen aufbürdete, die schon bei Vertragsabschluss nicht kalkulierbar waren.

Regierender Bürgermeister war 1999 der CDU-Politiker Eberhard Diepgen, CDU-Fraktionschef sein Freund Rüdiger Landowsky, eine der Schlüsselfiguren des Berliner Bankenskandals, der die Stimmen

seiner Fraktion für das Teilprivatisierungsgesetz der Berliner Wasserbetriebe mobilisierte. Er tat das ebenso erfolgreich wie der damalige SPD-Fraktionschef Klaus Böger, der die SPD-Abgeordneten dazu verdonnerte, einem Gesetz zuzustimmen, das den Vertrag mit den Investoren ermöglichte, obwohl dieser Vertrag den Abgeordneten nicht vorlag. Die Hauptrolle spielte indess die damalige SPD-Finanzsenatorin Anette Fugmann-Heesing. Unter ihrer Führung war der Vertrag mit den international agierenden Konzernen ausgehandelt worden, sie paukte eine Resolution im Abgeordnetenhaus durch, die sie beauftragte, den

Vertrag noch am gleichen Tag zu unterzeichnen. Die „Berliner Morgenpost“ fasste die Vorgänge und Fakten der Wasserprivatisierung zusammen: „Das Geschäft wurde seitens des Senats dilettantisch und zu Ungunsten des Landes Berlin abgeschlossen.“

Der Privatisierungserlös der Berliner Wasserbetriebe ist längst in einen Topf ohne Boden geflossen – die langfristigen Kosten für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger sind höher als die Einnahmen. Deshalb findet die Forderung nach Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe immer breitere Zustimmung. *KDH*

Die Debatte ist eröffnet

Ein Linkes Programm für Neukölln

Voraussichtlich im September 2011 werden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamente gewählt. DIE LINKE.Neukölln wird zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung mit einem eigenen Programm antreten. Dieses Programm zu diskutieren und zu beschließen, ist eine wichtige Aufgabe der gesamten Mitgliedschaft in diesem Jahr.

Mit unserem Programm wollen wir der Neuköllner Bevölkerung unsere Politik erläutern und sie ermutigen, selbst politisch aktiv zu werden. Es bildet zudem die Grundlage, auf der wir im nächsten Jahr die Wahlen meistern wollen. Außerdem bietet die Programmdiskussion unserer Mitgliedschaft die Möglichkeit, die eigene politische Identität zu schärfen. Um einen ersten Programmentwurf vorzubereiten, tagt seit drei Monaten eine 25-köpfige Programmkommission: Interessierte Genossinnen und Genossen sowie sachkundige Bürgerinnen und Bürger sind stets herzlich willkommen!

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE.Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe Hartz IV von DIE LINKE.Neukölln trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16. Das nächste Treffen findet am 11. August statt.



Fotos: DIE LINKE.Neukölln

Bei der Protestdemonstration am 12. Juni „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ dabei: Neuköllner LINKE.

Diese Programmkommission hat sich zunächst auf einige Grundsätze verständigt. Erstens soll das Programm die Sorgen und Nöte der Neuköllner Bevölkerung aufgreifen und ihr Lösungsvorschläge präsentieren. Da die Probleme Neuköllns sehr groß sind, erfordern sie ganzheitliche Lösungen: Das Programm soll sich deshalb nicht nur mit kommunalpolitischen Forderungen begnügen, sondern auch die verfehlte Steuerpolitik, das Armutsgesetz Hartz IV und den Mindestlohn thematisieren.

Das Programm soll zweitens vermitteln, dass ein grundlegender Politikwechsel nicht ausschließlich parlamentarisch herbeigeführt werden kann: Dazu bedarf es einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, was wachsenden außerparlamentarischen Druck voraussetzt.

Drittes soll das Programm politische Forderungen für Neukölln so konkret formulieren, dass Wählerinnen und Wähler uns an unserem

Einsatz für diese Ziele messen können: Diese Ziele fangen bei der Verbesserung des Gesundheitsamtes an, reichen von kostenlosen Kulturangeboten bis zu bezahlbarem Wohnraum und enden noch lange nicht bei Fragen der Stadtentwicklung.

Im Herbst soll dieser Programm-entwurf dann der Mitgliedschaft vorgestellt und von ihr debattiert werden. Danach soll, voraussichtlich Anfang nächsten Jahres, eine Mitgliederversammlung über das Programm entscheiden, welches zugleich die Grundlage für die Aufstellung der Neuköllner Kandidatinnen und Kandidaten ist.

Die Debatte ist eröffnet – und alle sind eingeladen, sich daran zu beteiligen! Die nächsten Sitzungen der Programmkommissionen finden statt am 28. Juli sowie am 11. und 25. August 2010 jeweils um 19 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 (U7 Karl-Marx-Straße).

Ruben Lehnert

Termine: DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

Donnerstag, 22.7., 19.00 Uhr
Donnerstag, 5.8., 19.00 Uhr
Donnerstag, 19.8., 19.00 Uhr
Donnerstag, 2.9., 19.00 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Arbeitsgruppe

„Linkes Programm für Neukölln“
Bis zum 28.7. treffen sich die Arbeitsgruppen zur Einzel-Themen
Mittwoch, 28.7., 19.00 Uhr
Mittwoch, 11.8., 19.00 Uhr
Mittwoch, 25.8., 19.00 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 21.7., 19.00 Uhr
Mittwoch, 4.8., 19.00 Uhr
Mittwoch, 18.8., 19.00 Uhr
Versammlung im Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstr. 29, 12053 Berlin

BO Reuterkiert

Dienstag, 13.7., 19.00 Uhr
Offenes Treffen im Restaurant
Odysseus, Friedelstraße 37
Dienstag, 27.7., 19.00 Uhr
Ort wird noch bekannt gegeben.
Dienstag, 17.8., 19.00 Uhr
Offenes Treffen im Restaurant
Odysseus, Friedelstraße 37
Dienstag, 31.8., 19.00 Uhr
Ort wird noch bekannt gegeben.

BO Rixdorf

Donnerstag, 15.7., 19.00 Uhr
Donnerstag, 29.7., 19.00 Uhr
Donnerstag, 12.8., 19.00 Uhr
Donnerstag, 26.8., 19.00 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 13.7., 18.00 Uhr
Infostand auf dem Bat-Yam-Platz

Dienstag, 20.7., 18.00 Uhr

Thema: Diskussion über den Entwurf des Programms für DIE LINKE
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Clubraum II, Bat-Yam-Platz
Dienstag, 27.7., 18.00 Uhr
Infostand auf dem Bat-Yam-Platz
Volksbegehren Wasser

AG Hartz IV

Mittwoch, 11.8., 17.30 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 14.7., 17.30 Uhr
Mittwoch, 18.7., 17.30 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 20.7., 11.00 bis 14.00 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Ausstellung „ActiveStills“ Bis Mitte August

Israelische Fotografen berichten von der anderen Seite der Mauer.
DIE LINKE, Richardplatz 16
Die Ausstellung kann besichtigt werden: montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 und von 17 bis 19 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung unter 030-613 5919.

Protestaktion

DIE LINKE ruft alle Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten auf zu den Protesten gegen den „pro Deutschland“-Parteitag am 17. Juli um 12 Uhr vor dem Rathaus Schöneberg.

Weitere Termine im Internet:
www.die-linke-neukoelln.de

Ramon ist 25 Jahre alt und wohnt in einem Haus im Schillerkiez, welches die B.Z. kürzlich abfällig als das „Haus der Bettel-Roma“ bezeichnete. Ramon ist zwar Roma, aber er bettelt nicht.



Foto: Benjamin Düsberg

„Nicht mal ein Dieb“ Begegnungen mit Roma in Neukölln

Wie viele andere Neuköllner befindet er sich auf Arbeitssuche. Ansonsten kümmert sich um seinen Sohn und spielt mit Freunden Fußball in der Hasenheide. Ramon kam 1991 mit 6 Jahren aus Serbien nach Deutschland. Sein Vater sollte als Soldat für den beginnenden Jugoslawienkrieg eingezogen werden, doch gelang ihnen gerade noch die Flucht. Ramon erinnert sich noch, wie der Grenzübergang hinter ihnen mit Panzern dichtgemacht wurde, kurz nachdem ihr Bus die Grenze überquert hatte.

Schlepper brachten die Familie schließlich nach Berlin. Ramon brach früh die Schule ab, um für den Unterhalt der Familie zu arbeiten. Denn wer nach Ende des Krieges auf Sozialleistungen angewiesen war, wurde abgeschoben. Vielen seiner Freunde erging es so. „Ich habe Läden geputzt, alles schwarz, denn als 13jähriger darfst du noch gar nicht arbeiten.“

Ob er eine Ausbildung habe? „Nein, leider nicht“, antwortet er. „Obwohl ich Roma bin, habe ich es nicht mal zu einem Dieb gebracht.“

Ramons Cousin, Djovanni, ist kein Flüchtlingskind. Sein Opa kam vor über 40 Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland. Djovanni wurde hier geboren und hat einen deutschen Pass. Mit 18 gründete er eine Reinigungsfirma. Die Geschäfte laufen gut. Er begann mit 10 Arbeiterinnen und Arbeitern. Nach 4 Jahren beschäftigt er schon 130 Arbeitskräfte. In Neukölln aber wohnt er nicht mehr: Für sich und seine Frau hat er sich gerade ein Haus in Großziethen gekauft.

Auch Samira bettelt nicht, obwohl sie wie Ramon im von der B.Z. so bezeichneten Haus lebt, in dem die Mieten hoch sind, der Eigentümer jedoch nichts davon in das Haus steckt. Sie ist vor 7 Jahren mit ihrer Mutter aus Polen nach Berlin gekommen. Sie wollten vor allem dem alltäglichen Rassismus in ihrer

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE verlangt in ihrem aktuellen Antrag (17/784) ein Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo und fordert die Bundesregierung auf, sich bei den Ländern für eine sofortige Aussetzung der Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Kosovo einzusetzen und das „deutsch-kosovoalbanische Rückübernahmeabkommen“ aufzukündigen.

Heimatstadt Kattowitz entkommen. Immer wieder seien sie beschimpft und beleidigt worden. „Berlin ist aber besser“, freut sie sich. Konrad, ihr Cousin, merkt jedoch an, dass er jüngst von Nachbarn „dreckiger Zigeuner“ zu hören bekam.

Samira bedauert, nicht länger zur Schule gegangen zu sein und besser Deutsch gelernt zu haben. Mit 16 wurde sie von der Schule verwiesen, weil sie nun „zu alt“ sei, wie man ihr mitteilte. In Wirklichkeit endete zu diesem Zeitpunkt nur ihre Schulpflicht. Die Schule hätte Samira also durchaus behalten können. Stattdessen wurde sie dann zu einem Ein-Euro Job verdonnert, bis sie schließlich schwanger wurde. Inzwischen ist Samira 20 Jahre alt und zieht zwei Kinder groß.

Elias ist 21 und ein Freund von Ramon. Auch seine Familie flüchtete 1991 vor dem Krieg in Jugoslawien. Da war er gerade 2 Jahre alt. Seitdem lebt er in Berlin. Als er kürzlich in Charlottenburg eine Arbeitsstelle im Ellington-Hotel annehmen wollte, scheiterte dies an ausländerrechtlichen Hindernissen: die Ausländerbehörde verweigerte ihm eine vorläufige Arbeitserlaubnis. Ohnehin muss er ständig um die Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis bangen, die ihm immer nur kurzfristig gewährt wird. Dafür gibt er sich selbst die Schuld: „Ich habe zu viel Mist gebaut! Was will Deutschland mit Leuten wie mir?“ Elias ist Berliner, aber die gleichen Rechte hat er nicht.

Benjamin Düsberg

Vor der Abschiebung – Roma aus dem Kosovo

Bundesinnenminister Thomas de Maizière und sein kosovarischer Amtskollege Bajram Rexhepi unterzeichneten am 14. April in Berlin ein Abkommen, welches „die wechselseitige Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen aus dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei“ regelt.

Davon sind 14.000 in Deutschland lebende Menschen aus dem Kosovo betroffen, mehr als 10.000 gehören der Minderheit der Roma an. Einige von ihnen leben in Neukölln.

Sie sollen in ein Land zurück geschickt werden, aus dem sie gerade erst vertrieben wurden. Im Juni 1999, nach dem offiziellen Ende des NATO-Krieges gegen Serbien und der Abspaltung des Kosovo, wurden die meisten Roma zusammen mit Serben und anderen Minderheiten von albanischen Nationalisten vertrieben. Ihre Häuser und Siedlungen wurden zerstört.

Die Berichte über die verzweifelte Lage der übriggebliebenen oder zurückgekehrten Roma im Kosovo reißen nicht ab. UNHCR, OSZE, Amnesty International, die Deutsche

Bischofskonferenz, Aktion Sühnezeichen, Pro Asyl, sie alle warnen vor den geplanten Abschiebungen der Roma in den Kosovo. Nicht nur stehen ihre Häuser nicht mehr, es gibt auch keine Perspektiven für einen Neuanfang. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 45 Prozent, unter Abgeschobenen und Rückkehrern bei 90 Prozent.

„Gegenüber den Roma scheint die historische Verantwortung in der Praxis keinerlei Niederschlag zu finden. Wie anders lässt es sich erklären, dass routinemäßig Roma, darunter auch Alte, Kranke, Kinder und Jugendliche, jetzt in den Kosovo abgeschoben werden. Die nach Deutschland geflüchteten Roma haben sich in vielen Fällen eine Existenz aufgebaut. Die Kinder, die in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, sind längst integriert und sehen Deutschland als ihre Heimat an. Für diese jungen Menschen sind diese Maßnahmen eine erste entsetzliche Vertreibung.“ So beschreibt es treffend ein von Pro Asyl unterzeichneter Appell an die Innenminister von Bund und Ländern. Doch ihren menschenrechtlichen Beteuerungen und Verpflichtungen zum Trotz organisieren diese derzeit massenhafte Abschiebungen.

B.D.

Nachnutzung Tempelhofer Feld konkret

Aktuelle Positionen und Vorschläge der Neuköllner LINKEN

Die Neuköllner LINKE hat Forderungen zur Nachnutzung des Tempelhofer Feldes aufgestellt und tritt innerhalb ihrer Partei und im Bezirk konsequent für sie ein.

So sollen sich insbesondere die Abgeordnetenhausfraktion und die Senator/-innen der LINKEN bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bzw. der beauftragten Tempelhof Entwicklungsgesellschaft GmbH und Grün Berlin für folgende Positionen einsetzen:

1. Vorrang der Erholung: Das Gelände des ehem. Flughafens Tempelhof soll der wohnortnahen Erholung der Bürgerinnen und Bürger Neuköllns, Tempelhofer, Kreuzbergs und aller anderen Berlinerinnen und Berliner dienen.

2. Freier Zugang: Die Umzäunung muß abgebaut werden. Das Tempelhofer Feld steht ständig und dauerhaft den Besuchern offen. Von einer Privatisierung von Flächen ist abzusehen.

3. Ablehnung einer Neubebauung: Eine Bebauung des Tempelhofer Feldes wird abgelehnt.

4. Gebäudenutzung: Die vorhandenen Gebäude stehen für eine Nutzung als Ausstellungs- und Kulturstandort und insbesondere für eine neue Landesbibliothek zur Verfügung (IBA-Mittel).

5. Demokratische Konzeptfindung: Für die weitere Nutzung des Tempelhofer Feldes bedarf es eines transparenten Planungsverfahrens unter aktiver Beteiligung der Bezirke, der Bürgerinitiativen und interessierter Bürger. Für die Bürger werden Räumlichkeiten und Sachmittel bereitgestellt.

6. Aufarbeitung der Geschichte: Der Bedeutung als historischer Ort entsprechend ist zur Ehrung der Opfer des Konzentrationslagers Columbia-Haus und der Zwangsarbeiterlager eine antifaschistische Gedenk- und Bildungsstätte einzurichten. Sie soll als Gedenklandschaft Teile des Flughafengebäudes, des Geländes des ehem. KZs und den Hain des alten Flughafens umfassen.

7. Wiedereinrichtung Sportpark: Der ehemalige Sportpark auf dem Neuköllner Streifen an der Oderstraße ist in enger Anlehnung an die abgeräumte Anlage Bruno Tauts als Spiel- und Sportpark für alle Generationen zum Ausgleich des Neuköllner Freiflächendefizites wieder einzurichten (IGA-Mittel).

8. Nutzung des Bestandspotentials: Zur Erschließung des THF ist keine Internationale Gartenbauausstellung (IGA) notwendig. Stattdessen soll der vorhandene Bestand genutzt werden. Entsprechend sind für die zur Erholung vor-

gesehenen Freiflächen keine Zwischennutzungen einzurichten, sondern Dauerprojekte zu verwirklichen und allgemein zugänglich zu machen. Die Projekte sollen keine eigene Finanzierung mitbringen müssen.

9. Gartenschau „entschärfen“: Bei Realisierung einer Gartenschau ist mindestens ein dem historischen Ort gerecht werdendes (Gedenkstätte) und ökologisches Gestaltungskonzept zu fordern, das zugleich die bereits bestehenden Sportanlagen und Projekte einbezieht. Nach Ende der Gartenschau muss das Parkgelände im Unterschied zum Britzer und Marzahner Garten ohne Zaun und Eintritt allen offen stehen. Darüberhinaus sind IGA-Mittel in notleidendes bezirkliches Grün umzulenken. Dazu gehört die Qualifizierung und Entwicklung angrenzender Grünanlagen wie der Hasenheide und eines Grünzuges vom Tempelhofer Feld bis zum Neuköllner Schifffahrtskanal. Die Liegeflächen des Sommerbades Neukölln sind zu erweitern und zusätzliche Flächen für moslemische Bestattungen zu prüfen.

10. Festplatz einrichten: Volksfeste wie die Maientage sind auf einem Festplatz auf dem Tempelhofer Feld zu verlagern. Dazu werden bereits versiegelte Flächen am Flughafengebäude genutzt.

11. Ablehnung einer Bauausstellung: Eine Internationale Bauausstellung (IBA) auf dem Gelände des THF und seiner Umgebung wird abgelehnt. Keinesfalls soll dort eine Luxus-Wohnbebauung entstehen.

Die Senatsplanungen für das Tempelhofer Feld sehen gegenwärtig anders aus. Über Zweidrittel der Freifläche droht künftig der eingeschränkte Zugang. Dabei wird eine Internationale Gartenbau-Ausstellung (IGA 2017) den Nordbereich einnehmen. Der Naturschutz beansprucht die Mittelfläche zwischen den Rollbahnen für mindestens drei Monate im Frühjahr sowie ganzjährig eine weitere Fläche im Südosten.

Kalkuliert man die Bauzeit für die IGA mit ein, stünde der gesamte Nordbereich zwischen Columbiadamm und nördlicher Rollbahn ab 2015 nicht mehr zur freien Verfügung. Davon wären auch die gerade freigegebenen Sportplätze, der Biergarten sowie die neu anlaufenden Pioniernutzungen für Projekte betroffen. Die Gartenbauausstellung würde darüberhinaus zur Aufwertung einer zusätzlich an Columbiadamm und Oderstraße vorgesehenen Bebauung (IBA 2020) mißbraucht. Dagegen muß man sich wehren.

*Marlis Fuhrmann,
Landschaftsplanerin*

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 06/2010 - JULI /AUGUST

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....

650 Jahre Rixdorf/Neukölln im Comic



„Weltreiche erblühten und fielen“. 650 Jahre Geschichte Neuköllns von Anna Faroqhi. Herausgegeben von Dr. Dorothea Kolland. J&D Dağyeli Verlag Berlin 2010, 9,50 €

Neukölln als ungewöhnlicher Bezirk hat eine ungewöhnliche Festschrift zum 650 Jahrestag seiner erst urkundlichen Erwähnung herausgegeben: einen Comic.

Weltreiche erblühten und fielen, z.B. das Altpersische Reich ca. 550 bis 330 v. Chr. - hier bekämpften sich nur die Bären. So beginnt Anna Faroqhis Neukölln-Comic. In 15 Episoden führt die in Neukölln lebende Filmemacherin, Zeichnerin und Autorin mit Geschichten durch die Geschichte. Entstanden ist ein Comic über den, wie sie schreibt, meistdiskutierten Berliner Bezirk, der zu einem großen Teil von Nicht-nur-Deutschen bewohnt wird. In ihren

Zeichnungen werden Menschen lebendig, die sogenannten kleinen Leute, die das Weltgeschehen vielleicht nicht prägten, aber immer daran teilhatten.

Erzählt wird von den Johannitern, die „Richardsdorf“ 1360 gründeten, von den Böhmisches Glaubensflüchtlingen sowie von der stürmischen Entwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts, als Rixdorf zur Arbeiterstadt wurde. Dazu Geschichten von Kaisern und Karl Marx, in denen die „guten Bürger“ den „schlechten Ruf“ Rixdorfs loswerden wollten und den Kaiser um einen neuen Namen für ihre Stadt baten. So kam es zu „Neukölln“, und das Wappen suchte Wilhelm II. gleich mit aus. Aber Neukölln blieb widerständig. Von Arbeiterversammlungen mit Karl Liebknecht in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide wird berichtet, die

Reichskanzler von Bülow so gegen den Strich gingen, dass er stöhnte: „Die Politik wird im Reichstag und nicht in der Hasenheide gemacht.“ Revolution, Weimarer Republik, Nazidiktatur, Krieg, Nachkriegszeit und Gegenwart - alles wird mit Bildern erzählt. Anna Faroqhi ist eine genaue Kennerin der Neuköllner Gegenwart, die sie treffend zeichnet.

Dies alles ist schon ungewöhnlich. Das besondere aber ist die zweite Ebene, auf der Faroqhi den Leser am Leben ihrer Familie teilhaben lässt. Mit ihren Kindern geht sie auf fantasievolle Zeitreisen entlang der Frage: Wie hätten wir gelebt in den Zeiten? Die Antworten sollte jeder selbst im Buch suchen und sich darüber freuen, dass Dorothea Kolland den Mut hatte, Neukölln diesen Comic zum Jubiläum zu beschenken.

Klaus-Dieter Heiser



Von Freitag 19 Uhr bis Sonntag 19 Uhr

Berlins größtes Kulturfestival bestimmte am letzten Juni-Wochenende das Leben im Neuköllner Norden. Nicht nur die zentrale Bühne am Richardplatz, das Programm wurde von der Werkstatt der Kulturen gestaltet, war stets dicht umlagert. Am nichtkommerziellen Fest beteiligten sich mehr als 1.700 Akteure. Auch die Besucher der Neukölln Arcaden wurden einbezogen: Mit einem Quiz zu Neuköllner Geschichten und Neuköllner Gesichtern.



Anzeige

LINKER JOURNALISMUS BRAUCHT ÖFFENTLICHKEIT BRAUCHT LINKEN JOURNALISMUS

JETZT
GRATIS
TESTEN!

DAS ND-PROBEABO

Jetzt 2 Wochen kostenlos und unverbindlich testen:
Tel. 030/2978-1800 oder www.neues-deutschland.de

► DRUCK VON LINKS **Neues Deutschland**

Sommer im Körnerpark - Umsonst und draußen

**Sonntag, 11. Juli, 18 Uhr –
Alta Musica**

Alta Musica bringt Musik des Mittelalters zum prachtvoll strahlenden Klingeln.

**Sonntag, 18. Juli, 18 Uhr –
Caldonias Lost Lovers**

Urbaner Blues aus Berlin in der Tradition des Texas Blues, mal funky und rau, mal sanft und leise. Die Mischung aus Blues, Rock'n Roll und funkigem Groove.

**Sonntag, 25. Juli, 18 Uhr –
Wabash**

Die Musiker von Wabash stöbern auf den Dachböden amerikanischer

Folk Music herum und entstauben alte Songs über Liebe, Tod und Erlösung.

**Sonntag, 22. August,
18 Uhr – Taboo**

Musik zum Chillen oder zum Tanzen – TABOO, the "NEW SOUND OF GROOVE".

**Sonntag, 29. August,
18 Uhr –
Orquesta Burundanga**

Latino Beat aus Berlin mit Salsa, Merenge, ChaChaCha und Reggae. Pure Energie geprägt von afro-karibischen Rhythmen.

Schierker Straße 8, 12051 Berlin

Neu-Köllnisch

JULI / AUGUST 2010

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr
Herausgeber: DIE LINKE,
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 6. Juli 2010
Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 20. August 2010

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.

Auf ein Wort: Rot-Rot-Grün

Bei der Wahl zum Bundespräsidenten am 30. Juni 2010 erhielt Christian Wulff (CDU) erst im dritten Wahlgang die absolute Mehrheit. Luc Jochimsen, die von der LINKEN vorgeschlagen wurde, hat ein achtbares Ergebnis erzielt: Im ersten Wahlgang erhielt sie 126 Stimmen – zwei Stimmen mehr als die linke Delegation Wahlleute hatte. Im dritten Wahlgang, für den sie nicht erneut kandidierte, hat sich die Mehrheit der linken Wahlfrauen und –männer enthalten. DIE LINKE hat weder für Wulff noch für Joachim Gauck gestimmt. Beide vertreten eine Politik, die LINKE nicht verantworten können. Beide eint ein konservatives Weltbild. Wulff wurde von der Bundesregierung als politischer Kandidat vorgeschlagen, dessen Aufgabe auch darin bestehen soll, der angekündigten Sozialabbau-Politik aus dem Bundespräsidentenamt keine Hindernisse in den Weg zu legen. Gauck, von SPD und Grünen vorgeschlagen, befürwortet den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, während DIE LINKE für ein Ende dieses Krieges eintritt. Er befürwortet Hartz IV, während DIE LINKE die Abschaffung dieser Armutsgesetze fordert. Hinzu kommt, dass DIE LINKE gerne Gespräche mit SPD und Grünen über einen gemeinsamen Kandidaten geführt hätte, der bei den wichtigsten Fragen der aktuellen Politik für Frieden und für eine soziale Politik und für eine Erneuerung der Industriegesellschaft eintritt. SPD und Grüne haben diese Gesprächsbereitschaft nicht genutzt.

Neu-Köllnisch · 06/2010 - JULI / AUGUST

Gesundheitspolitik für Bestverdienende und Arbeitgeber

Lizenz zum Kassieren

Die Krankenkassenbeiträge steigen auf 15,5 Prozent, über Zusatzbeiträge dürfen die Kassen künftig frei entscheiden. Die Kopfpauschale ist da.

CDU/CSU und FDP haben am 6. Juli die Kopfpauschale ins Versicherungssystem eingeführt. LINKE-Vorsitzender Klaus Ernst nannte das Konzept vollkommen unsozial. „Wer die Kopfpauschale schon tot geglaubt hat, wurde heute eines Schlechteren belehrt. Was sich Zusatzbeitrag nennt,

ist endgültig zur Kopfpauschale geworden“, erklärt die Gesundheitspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Martina Bunge.

Die Zusatzbeiträge werden künftig pauschal erhoben. Mit der Kopfpauschale wollen CDU/CSU und FDP auf Dauer einen großen Teil der Gesundheitskosten ohne die Beteiligung der Arbeitgeber finanzieren und zugleich die Besserverdienenden weiter aus der Solidarität entlassen. Damit hat die FDP erreicht, was sie wollte: Das Gesundheitssystem wird endgültig zum Gesundheitsmarkt.

„Nun ist es an der Zeit, dass die inner- und außerparlamentarische Opposition zusammensteht und diesen grundlegenden Wechsel in der Gesundheitspolitik im Parlament und auf der Straße verhindert,“ betont die Gesundheitspolitikerin der LINKEN. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sprach von einer „Kampfansage an die Bürger“. Es sei absolut inakzeptabel, dass ausschließlich die Versicherten alle Kostensteigerungen mit nach oben offenen Kopfpauschalen zahlen müssen, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.



Foto: Michael Niedworok

„Stopp der Blockade von Gaza - Freiheit für Palästina!“

Unmittelbar nach dem blutigen Überfall der israelischen Marine mit neun Toten auf die Solidaritätsschiffe, die mit ihren Hilfsgütern die Seeblockade des seit Jahren abgeriegelten Gaza-Streifens brechen wollten, organisierte am 5. Juni ein Bündnis von deutschen, palästinensischen und jüdischen Organisationen eine Demonstration in Neukölln und Kreuzberg. Am 17. Juni fand in der Werkstatt der Kulturen eine Gedenk- und Protestveranstaltung statt.

Hartz IV schafft Arbeit - bei den Gerichten

Am 18. Juni 2010 ging am Sozialgericht Berlin das 100.000. Hartz IV-Verfahren ein.

Die Klägerin und der Kläger sind Lebensgefährten. Sie klagen gegen eine Rückforderung des JobCenters Treptow-Köpenick in Höhe von 202 Euro. Das JobCenter fordert für April bis August 2009 teilweise ALG II zurück, da die genaue Höhe des anzurechnenden Einkommens erst nachträglich bekannt geworden sei. Der Kläger erzielt wechselndes Einkommen aus einer Tätigkeit in einem Sicher-

heitsdienst. Die anwaltlich vertretenen Kläger tragen vor, der Rückforderungsanspruch sei nicht nachvollziehbar. Sie hätten alle Einkommensnachweise regelmäßig eingereicht, für Berechnungsfehler des JobCenters seien sie nicht verantwortlich.

Das Verfahren markiert den vorläufigen Höhepunkt einer dramatisch wachsenden Klagewelle. Gut 3 ½ Jahre dauerte es, bis im August 2008 die ersten 50.000 Hartz-IV-Verfahren am Sozialgericht Berlin gezählt wurden. Die zweiten 50.000 sind nun schon in weniger als 2 Jahren erreicht. Inzwischen geht beim

Sozialgericht Berlin alle 16 Minuten ein neues Hartz-IV-Verfahren ein. Ein Ende dieser besorgniserregenden Entwicklung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Sollte das geplante Kürzungspaket der Bundesregierung zu Einschnitten in Hartz IV führen, ist mit noch mehr Klagen gegen JobCenter und Sozialämter zu rechnen. Kein Gesetz hat das Berliner Sozialgericht so verändert wie Hartz IV. Die Zahl der Richter hat sich seit 2005 verdoppelt. Wo früher die Gerichtskantine lag, befinden sich heute Büros. Aus dem Archiv wurden 400.000 Akten ausgelagert – um Platz zu schaffen für Hartz IV.